

Erhöhung Abwassergebühren

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

die Abwassergebühren wurden in den letzten Jahren deutlich erhöht. 2004 betrug die Abwassergebühr pro Kubikmeter noch 1,75 EUR. Eine Erhöhung auf 2,40 EUR bedeutet eine Preissteigerung in den letzten sechs Jahren von 37%. Für viele Bürger unverständlich.

Wenn man sich jedoch die Zahlen anschaut, wurde in den letzten Jahren erheblich in unser Abwassersystem investiert. Die Kläranlage wurde um weitere Klärstufen ausgebaut. Abwasserkanäle wurden instand gehalten und Regenrückhaltebecken wurden gebaut, insbesondere zur Entlastung der Kanalisation im kleinen Feld, dessen Bewohner bei starken Regenfällen regelmäßig Hochwasser in den Kellerräumen zu beklagen hatten. Maßnahmen, die viel Geld kosten, aber auch notwendig sind. Regelmäßige Investitionen zur Erhaltung unseres Abwassersystems sind wichtig, um keinen Sanierungsstau hervorzurufen.

Wir haben Kosten für die Abwasserbeseitigung in Höhe von 3,8 Millionen EUR aufzubringen. Dabei geht es um das Verursacherprinzip. Momentan erreicht man nur eine knapp neunzigprozentige Kostendeckung. Die Erhöhung der Abwassergebühren ist keine Willkür der Verwaltung, um zulasten der Bürger die Einnahmen zu verbessern, sondern der Bürger kommt für die von ihm verursachten Kosten auf.

Würden wir die bisherigen Gebühren von 2,10 EUR auf 2,40 EUR nicht erhöhen, hätten wir für 2010 ein Defizit von 290.000,- EUR. Unsere jetzige Haushaltslage könnte dieses Defizit nicht abdecken, aber auch bei normaler Haushaltslage wäre das die einzig richtige Entscheidung.

Wichtig ist uns, dass die Bürger wissen, dass die Erhöhung der Abwassergebühren nichts mit dem Schlossplatzumbau zu tun hat.

Vergleichen wir die Gebührenerhöhung mit den umliegenden Gemeinden, so liegen wir unter den Gebühren von Plankstadt, Ketsch und Brühl und sind gleichauf mit Oftersheim.

Für die Zukunft müssen wir uns nach einer noch gerechteren Aufteilung der Kosten umsehen, was das Verursacherprinzip betrifft (Stichwort Versiegelung).

Die Freien Wähler stimmen der Beschlussvorlage zu.